



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Sozialausschuss

---

Es informiert Sie:	Stefan Ligges
Telefon:	02104/99-2111
Fax:	02104/99-5133
E-Mail:	stefan.ligges@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 14.03.2018

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 26.02.2018, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Elke Thiele

#### **Mitglieder**

Eleonore Altvater

Ina Besche-Krastl

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Sandra Ernst

Michael Esser

Karl-Heinz Göbel

Martina Hannewald

Max Kompalik

Ilona Kuchler

Reinhard Ockel

Dr. Anna-Tina Pannes

Renate Petschull

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Norbert Schreier

Bernd Tondorf

#### **Verwaltung**

Marion Bayan

Frank Buchholz

Arlin Cakal-Rasch

Freya-Lucia Eschenfelder

Annette Geißler  
Nils Hanheide  
Martin Klemmer  
Stefan Ligges  
Thomas Müller  
Timo Niemitz

### **Gäste**

Franz Heuel

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
  - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.11.2017
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
5. Sachstandsberichte des Sozialamtes 50/002/2018
  - 5.1 Umorganisation des Sozialamtes
  - 5.2 Informationen aus der Betreuungsstelle
  - 5.3 Informationen aus dem Kreisintegrationszentrum
    - Förderprogramm KOMM-AN NRW
    - Internationale Wochen gegen Rassismus – Aktionen Kreis Mettmann
    - Begleitung von traumatisierten Menschen mit Fluchterfahrung durch Sprachlotsen im Kreis Mettmann
  - 5.4 Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses
6. Nachträge
  - 6.1. Anfrage der SPD-Fraktion 50/004/2018  
hier: Integration in den Arbeitsmarkt

## **Nicht öffentlicher Teil**

7. Informationen der Verwaltung
8. Nachträge

## **Öffentlicher Teil**

<b>Zu Punkt 1:      Formalien</b>
-----------------------------------

...

<b>Zu Punkt 1.1:    Eröffnung der Sitzung</b>
---

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. In Abwesenheit der Schriftführerin, Frau Röschmann, sowie deren Vertretung, Herrn Bruß, wird Herr Stefan Ligges einstimmig zum Schriftführer für die heutige Sitzung ernannt.

<b>Zu Punkt 1.2:    Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung</b>
---

Der Versand der Einladung inkl. Vorlagen erfolgte am 13.02.2018, der Versand der Erweiterung (TOP 6.1; Anfrage der SPD-Fraktion) erfolgte am 20.02.2018. Die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung wird festgestellt.

<b>Zu Punkt 1.3:    Feststellung der Anwesenheit</b>
--

Die Anwesenheit wird festgestellt. Für die verhinderte KA Stolz nimmt in Vertretung KA Petschull an der Sitzung teil.

<b>Zu Punkt 1.4:    Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
---

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

<b>Zu Punkt 1.5:    Feststellung der Tagesordnung</b>
---

Die Tagesordnung wird einschließlich des nachgereichten TOP 6.1 festgestellt.

<b>Zu Punkt 1.6:    Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag</b>
--

Die Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag entfällt.

**Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.11.2017**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

**Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

Frau Bayan berichtet über den Prozess zur Weiterentwicklung der Richtlinien für die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten (BGST).

Der Sozialausschuss hatte nach dem letztjährigen Workshop die Verwaltung beauftragt, in gleicher Zusammensetzung Workshops zu unterschiedlichen Facetten in der Weiterentwicklung der BGST durchzuführen.

Aus dem ersten Workshop 2018 mit dem Thema „Die BGST im Quartier: Wo wollen wir in 10 Jahren stehen? Rahmenbedingungen, Rolle, Aufgabe, Zielgruppe“ wurden folgende inhaltliche Übereinstimmungen aus allen Arbeitsgruppen aufgenommen:

- BGST sieht sich als Anlaufstelle für die Generation 55+
- Zusammenarbeit mit der Stadt mit klaren Zielvereinbarungen notwendig
- Fachlich qualifizierte Mitarbeitende / kontinuierliche Weiterbildung
- Planungssicherheit / verlässlicher finanzieller Rahmen
- Einfaches Controlling / weniger Bürokratie
- Flexibilität der inhaltlichen Ausrichtung in Bezug auf Zielgruppe, Angebote, Strukturen, Strategien

Die Wünsche wurden laut Frau Bayan aufgegriffen und werden bereits in den nächsten Workshop am 07.03.2018 (9.00-12.00 Uhr; großer Sitzungssaal) zum Thema „Ausgestaltung der Förderung der BGST zur Verstetigung durch den Kreis Mettmann: Kontrakte / Verträge / Leistungsvereinbarungen“ einfließen.

**Zu Punkt 4: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv**

Herr Heuel stellt die mit der Einladung versandten Unterlagen „Datenblatt Sozialausschuss 26.02.2018“ in der Sitzung vor.

Er informiert über die in der letzten Woche erfolgte Eröffnung der neuen Geschäftsstelle in Velbert, in der die bisherigen Geschäftsstellen Heiligenhaus, Velbert und Wülfrath zusammengelegt wurden. Aufgrund der Schließung der Geschäftsstellen am Rosenmontag sowie der umzugsbedingten mehrtägigen Schließung der bisherigen Geschäftsstellen sei es in den Tagen nach der Neueröffnung zu einem erheblichen Publikumsandrang gekommen, der schwer zeitnah bedient werden konnte. Hier würde derzeit noch organisatorisch und personell nachjustiert, man rechne zudem kurzfristig mit einer Normalisierung der Besucherzahlen.

Personell plane das Jobcenter für das Jahr 2018 mit 457,7 Beschäftigungsmöglichkeiten (=Vollzeitäquivalente), nach Entfall der 1,7 Stellen aus dem auslaufenden Programm ESF für Langzeitarbeitslose reduziere sich dies zum Jahresende auf 456 Beschäftigungsmöglichkeiten (Seite 2 des Datenblattes).

Zur tatsächlichen personellen Ausstattung gibt Herr Heuel an, es gebe Probleme bei der vollständigen und kurzfristigen Nachbesetzung freier Stellen, die nach wie vor hohe Personalfluktuations verschärfe die Situation zusätzlich. So hätten im Vorjahr 44,33

Personalabgängen lediglich 26,18 Personalzugänge gegenüber gestanden. Die hierdurch entstehende Überlastung – vor allem im Leistungsbereich- führe wiederum zu einem erhöhten Krankenstand, welcher die Situation weiter verschärfe.

Derzeit seien 15 Vollzeitstellen intern und extern ausgeschrieben, um das Delta zwischen Soll und Ist zu reduzieren. Auf Nachfrage erklärt Herr Heuel, es seien aktuell nur so viele Stellen ausgeschrieben, wie man erfahrungsgemäß auch tatsächlich neu besetzen könne. Dies bedeute aber keine Kappung unterhalb der Sollausstattung, bei einer hinreichenden Anzahl geeigneter Bewerber/-innen könne auch über die ausgeschriebenen Stellen hinaus besetzt werden. Die Stellenausschreibung im Bereich der Leistungssachbearbeitung sei zudem dauerhaft veröffentlicht.

Herr Heuel berichtet über zunehmende Probleme, qualifiziertes Personal in ausreichender Anzahl auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Im Gegensatz zu Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt sei man beispielsweise in der Höhe der Vergütung nicht frei und könne nicht über die Lohnhöhe nachsteuern. Zudem habe die Institution „Jobcenter“ offensichtlich inzwischen auf dem Arbeitsmarkt Imageprobleme – auch bedingt durch die vorgenannten Faktoren.

KA Kückler regt einen Vergleich zum Jobcenter des Kreises Unna an, dort habe man ähnliche Schwierigkeiten über Neubewertungen / individuelle Anpassungen der ausgeschriebenen Stellen zumindest teilweise reduzieren können. Herr Heuel gibt hierzu an, beim Jobcenter „ME-aktiv“ seien die Stellenbewertungen im Jahr 2016 in Absprache mit dem Personalrat durch einen externen Dienstleister vorgenommen worden, an dessen Ergebnisse man nunmehr gebunden sei.

Auf Nachfrage von KA Besche-Krastl zu Stellenausschreibungen im Internet gibt Herr Heuel an, man nutze inzwischen auch den Weg über soziale Netzwerke, Bewerbungsplattformen u. ä., stehe dort aber noch am Anfang.

Zu einer Verbesserung der Arbeitssituation hin zu einer höheren Kundenzufriedenheit, aber auch im Hinblick auf das Image des Jobcenters bei potentiellen Stellenbewerbern, sollen zudem organisatorische Änderungen beitragen, so zum Beispiel die Neuausrichtung der Neukundensteuerung (Seite 3+4 des Datenblattes) seit Januar 2018. Bereits in der Eingangszone soll eine leistungsrechtliche Vorprüfung (Überschlagsberechnung, evtl. vorrangige Ansprüche) erfolgen, eingereichte Unterlagen würden dort auf Vollständigkeit geprüft, Antragsformulare ausgegeben und kurzfristige Termine zur Antragsannahme vergeben. Zudem soll dem Kunden bereits hier ein Maßnahme- oder sogar Arbeitsangebot gemacht werden. Bereits jetzt läge der Zeitraum zwischen Antragstellung und abschließender Bearbeitung eines Antrages bei durchschnittlich sieben Arbeitstagen, eine weitere Verkürzung soll erreicht werden. KA Kückler gibt zu bedenken, gezielter Erstangebote auszusprechen. Insbesondere Bewerbungstrainings würden Ihrer Erfahrung nach nicht immer als zielführend angesehen.

Eine weitere Verbesserung der Arbeitsabläufe verspricht sich das Jobcenter laut Herrn Heuel durch die Einführung der E-Akte. Die Umsetzung sei heute erfolgt, der Echtbetrieb laufe seines Wissens nach ohne größere Probleme. In den letzten Monaten sei -neben der technischen Umsetzung- durch 12 (interne) Trainer als Multiplikatoren eine Schulung aller Mitarbeiter/-innen erfolgt. Auch die personellen Ausfälle aufgrund von Schulungen hätten kurzfristig die Arbeitssituation weiter verschärft. Nach erfolgter Einführung der E-Akte sei es nunmehr primäres Ziel, in den Geschäftsstellen (vor allem im Leistungsbereich) die entstandenen Rückstände sukzessive abzubauen.

KA Küchler fragt an, ob zukünftig dem Kunden nach dem Einscannen eingereicherter Unterlagen eine Bestätigung hierüber ausgehändigt werden könne. In der Vergangenheit sei es hier vereinzelt zu Unstimmigkeiten gekommen. Herr Heuel sagt zu, dies prüfen zu lassen und zu berichten.

Zur Abarbeitung bestehender Rückstände in der Bearbeitung von Widersprüchen / Klagen soll eine organisatorische Umstellung beitragen. Zukünftig soll in einem ersten Bearbeitungsschritt eine Vorprüfung durch das operative Team stattfinden mit dem Ziel, einen Teil der Widersprüche durch eine erneute Sachverhaltsprüfung und/oder Erläuterungen des Sachverhaltes gegenüber dem Kunden bereits im Vorfeld abarbeiten zu können. Personell soll der Bereich zudem von bisher 8-10 Vollzeitstellen kurzfristig um 1,5 Stellen ausgebaut werden, Ziel seien letztlich 14 Vollzeitäquivalente.

Widerspruchs- und Klageverfahren sollen zudem zeitlich befristet durch die Mitarbeiter/-innen auf freiwilliger Basis auch an „Online-Samstagen“ sowie in sogenannten „Aktionswochen“ bearbeitet werden können. Angedacht ist hier eine Arbeitszeit von 4-6 Stunden an Samstagen, es sei durchaus Interesse der Mitarbeiterschaft erkennbar. Eine entsprechende Vereinbarung soll mit dem Personalrat verhandelt werden. Auf Nachfrage von KA Schnitzler gibt Herr Heuel an, der Abbau der hierbei entstehenden Mehrarbeitsstunden könne leider ausschließlich über Jahresarbeitskonten erfolgen.

Die derzeitige Bearbeitungsquote im Bereich der Widersprüche läge bei ca. 30% binnen 3 Monaten, durch die vorgenannten Maßnahmen erhoffe man sich eine Quote von ca. 50% im Jahresdurchschnitt 2018.

Bei der Integration von Langzeitleistungsbeziehern müsse generell –neben der bereits beschriebenen personellen Situation in den Geschäftsstellen- auch die oftmals fehlende schulische / berufliche Bildung berücksichtigt werden, die eine Integration in den Arbeitsmarkt erschwere. Ca. 22% der ursprünglich für Integrationsmaßnahmen angedachten Mittel müssten zudem in den Verwaltungshaushalt umgebucht werden. Zwar ergäben sich für 2018 ff. aus den aktuellen Koalitionspapieren Absichtserklärungen für zusätzliche Integrationsprogramme (für ca. 150.000 Langzeit-leistungsbezieher), hierzu sei jedoch die Finanzierung noch ungeklärt.

KA Schnitzler bemängelt, dass im Bereich der Langzeitleistungsbezieher ohne „Asyl/Flucht“ trotz guter Konjunkturdaten lediglich eine Beibehaltung des jetzigen Bestandes eingeplant werde. Laut Herrn Heuel sei auch dieser Bestand einer hohen Fluktuation unterlegen. Im Jahr 2017 seien ca. 500 Kunden in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten gebracht worden. Man habe im Hinblick auf die unklare finanzielle Ausstattung für den Bereich der Integrationsprogramme hier vorsichtig kalkulieren wollen, intern läge hier selbstverständlich weiterhin ein Schwerpunkt der eigenen Tätigkeit mit dem Ziel, die Zahl der Langzeitleistungsbezieher dauerhaft und nachhaltig zu senken.

Abschließend gibt Herr Heuel bekannt, im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit sei die Quote von 6% im Jahr 2015 auf 4,6% (SGB II und SGB III) gefallen, im Bereich des SGB II auf 2,3%.

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Sachstandsberichte des Sozialamtes</b> <b>5.1 Umorganisation des Sozialamtes</b> <b>5.2 Informationen aus der Betreuungsstelle</b> <b>5.3 Informationen aus dem Kreisintegrationszentrum</b> - Förderprogramm KOMM-AN NRW - Internationale Wochen gegen Rassismus – Aktionen Kreis Mettmann - Begleitung von traumatisierten Menschen mit Fluchterfahrung durch Sprachlotsen im Kreis Mettmann <b>5.4 Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses</b> - Vorlage Nr. 50/002/2018
--------------------	---

### 5.1 Umorganisation des Sozialamtes

Frau Bayan stellt die bereits in der Vorlage dargestellte Umorganisation des Sozialamtes vor. Kernpunkte seien hierbei eine Zentrierung aller sozialen Leistungen in der Abteilung 50-2 „Soziale Leistungen“, der alleinige Verbleib der Heimaufsicht in der Abteilung 50-4 zur Stärkung des Kernaspektes als WTG-Behörde sowie die Zusammenfassung aller konzeptionellen Aufgabenbereiche inkl. „ALTERnativen 60plus“ in der Abteilung 50-5.

### 5.2 Informationen aus der Betreuungsstelle

Frau Bayan berichtet über die Auswirkungen des am 01.07.2014 in Kraft getretenen „Gesetzes zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsstelle“ – über die mit der Gesetzgebung verbundenen Änderungen wurde bereits im Sozialausschuss am 01.09.2014 (Vorlage Nr. 50/16/2014) und am 18.12.2015 (50/052/2015) berichtet. Auf den Inhalt der Vorlage wird verwiesen.

Die Anforderungen an die Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit der Betreuungsstelle seien nach wie vor hoch; sowohl zeitlicher Druck bei Personen in Krisensituationen als auch die Ermittlung der Sachverhalte zur Prüfung vorrangiger Hilfsangebote seien mit erheblichem Aufwand verbunden.

Eine neue inhaltliche Herausforderung ergebe sich zunehmend aus der Altersstruktur der professionellen Betreuungspersonen. Diese würden inzwischen in rund 60% aller Gerichtsverfahren bestellt und gehörten überwiegend der Altersklasse nach dem 55. Lebensjahr an. Die Akquise geeigneter „Nachwuchskräfte“ gestalte sich zunehmend schwierig und zeitaufwändig.

Zudem sei die gesetzlich geregelte Pauschalvergütung für professionelle Betreuer seit 2005 nicht angepasst worden, die Attraktivität der Tätigkeit leide auch hierunter. Professionelle Akteure seien aufgrund steigender Kosten bei unveränderten Einnahmen gezwungen, immer mehr Klienten anzunehmen, worunter die vom Gesetzgeber gewünschte „persönliche“ Betreuung zunehmend leide.

### 5.3 Informationen aus dem Kreisintegrationszentrum – Förderprogramm KOMM-AN NRW

Frau Bayan sowie Frau Çakal-Rasch stellen den Inhalt der Vorlage vor. Frau Bayan gibt bekannt, das Land NRW habe inzwischen die Förderrichtlinien KOMM-AN NRW bis zum 31.12.2022 verlängert, die Finanzierung des Projektes sei hierdurch über 2018 hinaus gesichert.

Frau Çakal-Rasch betont, dass durch Umschichtungsmöglichkeiten zwischen Förderprogrammteilnehmern die hohe Rückzahlungsquote aus dem Jahr 2016 in 2017 ver-

mieden werden konnte. Nicht benötigte Mittel würden inzwischen zeitnah dem KI gemeldet und könnten auf andere Programme umgeschichtet werden. Sie gehe davon aus, dass hierdurch –vorbehaltlich einer Prüfung des Verwendungsnachweises- die Mittel für den Kreis Mettmann weitestgehend ausgeschöpft sein werden.

#### - Internationale Wochen gegen Rassismus – Aktionen Kreis Mettmann

Frau Bayan und Frau Çakal-Rasch stellen die Aktionen des Kreises Mettmann im Rahmen der Programmwochen vor. Auf den Inhalt der Vorlage wird verwiesen.

Auf Nachfrage von KA Hannewald gibt Frau Çakal-Rasch an, die als Muster ausgelegten Brötchentüten seien in einer Stückzahl von 50.000 produziert worden, die Verteilung erfolge an Kitas, Schulen, an Wohlfahrtsverbände und bei Veranstaltungen, aber auch an den freien Handel. Kosten seien dem Kreis Mettmann hierfür nicht entstanden.

Frau Bayan weist darauf hin, dass der Film „Der Rassist in uns“ im Zeitraum der Internationalen Wochen gegen Rassismus in ausgesuchten Kinos gezeigt werden wird.

#### - Begleitung von traumatisierten Menschen mit Fluchterfahrung durch Sprachlotsen im Kreis Mettmann

Frau Bayan stellt den Inhalt der Vorlage vor und verweist auf die Fremdfinanzierung in Höhe von bis zu 50.000 € durch das Land NRW aus Mitteln zur Förderung der Kommunalen Integrationszentren. Diese seien jedoch zweckgebunden für einfache Übersetzungsdienste und nicht auf andere Projekte übertragbar.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen zu den Aktivitäten des Kreisintegrationszentrums informiert die Vorsitzende KA Thiele über den beruflichen Wechsel der Frau Çakal-Rasch, die die Kreisverwaltung verlassen wird. Sie bedankt sich im Namen des Ausschusses für das hohe Engagement und die in den letzten Jahren geleistete Arbeit.

#### 5.4 Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses

Frau Bayan verweist auf die bereits mit der Einladung zur Vorlage versandte Liste, auf der aktuell lediglich ein Punkt mit Fälligkeit September 2018 aufgeführt sei.

**Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.**

<b>Zu Punkt 6:</b>	<b>Nachträge</b>
--------------------	------------------

...

<b>Zu Punkt 6.1:</b>	<b>Anfrage der SPD-Fraktion hier: Integration in den Arbeitsmarkt - Vorlage Nr. 50/004/2018</b>
----------------------	---

KA Schnitzler erläutert die Anfrage der SPD-Fraktion und schlägt eine weitere Behandlung des Themas in der Meinungsbildungskonferenz sowie den nachfolgenden Ausschusssitzungen vor.



**Der Ausschuss stimmt der Verweisung der Anfrage in die Meinungsbildungskonferenz zu.**

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 16:20 Uhr**

gez.  
**Elke Thiele**

gez.  
**Stefan Ligges**